Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7449**
14. Wahlperiode 14. 11. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Karlheinz Guttmacher, Hans-Michael Goldmann, Horst Friedrich (Bayreuth), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/6055 –

Mehr Eigentum, mehr private Anbieter und zielgenaue Hilfen zum Strukturwandel am Wohnungsmarkt in den neuen Bundesländern

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Christine Ostrowski, Maritta Böttcher, Dr. Ruth Fuchs, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/6848 –

Vorschläge der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Wohnungsleerstand Ost sachgerecht modifizieren und umsetzen

3. zu dem Antrag der Abgeordneten Christine Ostrowski, Maritta Böttcher, Dr. Ruth Fuchs, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/6849 –

Altschuldenbefreiung für abzureißende bzw. rückzubauende Wohnungen

A. Problem

1. Die Fraktion der FDP strebt mit dem von ihr eingebrachten Antrag unter anderem an, der Deutsche Bundestag solle feststellen, dass der Bund in den vergangenen 10 Jahren seine Mitverantwortung zur Bewältigung des notwendigen Strukturwandels an den Wohnungsmärkten in Ostdeutschland in vielfältiger Weise wahrgenommen habe. 10 Jahre nach der deutschen Einheit seien jedoch die Strukturprobleme der Wohnungswirtschaft in den neuen Bundesländern noch nicht hinreichend überwunden. Der Deutsche Bundestag solle deshalb die Bundesregierung auffordern, unverzüglich ein Programm „Wohnungsmarkt Ost“ vorzulegen und die drei Kernprobleme, die geringe

Eigentumsquote, die mangelhafte Angebotsvielfalt über private Anbieter und den strukturellen Leerstand, zu lösen.

2. Die Fraktion der PDS hat einen Antrag eingebracht, mit dem sie anstrebt, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, die Vorschläge der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Wohnungsleerstand Ost vom 14. Juni 2001 sachgerecht zu modifizieren und die modifizierten Vorschläge zügig umzusetzen.

3. Die Fraktion der PDS hat einen weiteren Antrag eingebracht mit dem Ziel, die Bundesregierung aufzufordern, umgehend geeignete Maßnahmen zu treffen, um jene Wohnungsunternehmen, die nicht unter die Kriterien der Altschuldenhilfeverordnung nach § 6a des Altschuldenhilfegesetzes fallen, von den Altschulden auf abgerissene und abzureißende sowie rückgebaute und rückzubauende Wohnungen zu befreien.

B. Lösung

1. Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/6055 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU

2. Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/6848 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS

3. Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/6849 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS

C. Alternativen

1. Annahme des Antrags auf Drucksache 14/6055.
2. Annahme des Antrags auf Drucksache 14/6848.
3. Annahme des Antrags auf Drucksache 14/6849.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 14/6055 abzulehnen,

2. den Antrag auf Drucksache 14/6848 abzulehnen,

3. den Antrag auf Drucksache 14/6849 abzulehnen.

Berlin, den 7. November 2001

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald	**Dr. Peter Wilhelm Danckert**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Peter Wilhelm Danckert

I. Überweisung

1. Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 14/6055** in seiner 182. Sitzung am 5. Juli 2001 an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder und an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen. Die Anträge auf **Drucksachen 14/6848** und **14/6849** wurden in der 190. Sitzung am 27. September 2001 an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

1. Die Fraktion der FDP strebt mit dem von ihr eingebrachten Antrag unter anderem an, der Deutsche Bundestag solle feststellen, dass der Bund in den vergangenen 10 Jahren seine Mitverantwortung zur Bewältigung des notwendigen Strukturwandels an den Wohnungsmärkten in Ostdeutschland in vielfältiger Weise wahrgenommen habe. 10 Jahre nach der deutschen Einheit seien jedoch die Strukturprobleme der Wohnungswirtschaft in den neuen Bundesländern noch nicht hinreichend überwunden. Der Deutsche Bundestag solle deshalb die Bundesregierung auffordern, unverzüglich ein Programm „Wohnungsmarkt Ost“ vorzulegen und die drei Kernprobleme, die geringe Eigentumsquote, die mangelhafte Angebotsvielfalt über private Anbieter und den strukturellen Leerstand, zu lösen.

2. Die Fraktion der PDS hat einen Antrag eingebracht, mit dem sie anstrebt, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, die Vorschläge der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Wohnungsleerstand Ost vom 14. Juni 2001 sachgerecht zu modifizieren und umzusetzen, und unverzüglich alle Voraussetzungen zu treffen, die modifizierten Vorschläge zügig umzusetzen.

3. Die Fraktion der PDS hat einen weiteren Antrag eingebracht mit dem Ziel, die Bundesregierung aufzufordern, umgehend geeignete Maßnahmen zu treffen, um jene Wohnungsunternehmen, die nicht unter die Kriterien der Altschuldenhilfeverordnung nach § 6a des Altschuldenhilfegesetzes fallen, von den Altschulden auf abgerissene und abzureißende sowie rückgebaute und rückzubauende Wohnungen zu befreien.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

1. Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 14/6055 in seiner 100. Sitzung am 17. Oktober 2001 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU/CSU und bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

   Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 103. Sitzung am 25. September 2001 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU.

   Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der neuen Länder** hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 17. Oktober 2001 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen und des Vertreters der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU in Abwesenheit des Vertreters der Fraktion der FDP.

   Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 88. Sitzung am 7. November 2001 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der PDS.

2. Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat den Antrag auf Drucksache 14/6848 in seiner 68. Sitzung am 17. Oktober 2001 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimme des Vertreters der Fraktion der PDS in Abwesenheit des Vertreters der Fraktion der FDP.

3. Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat den Antrag auf Drucksache 14/6849 in seiner 68. Sitzung am 17. Oktober 2001 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen gegen die Stimme des Vertreters der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU und in Abwesenheit des Vertreters der Fraktion der FDP.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat die Vorlagen in seiner 67. Sitzung am 17. Oktober 2001 beraten.

1. Der Antrag auf Drucksache 14/6055 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt.

2. Der Antrag auf Drucksache 14/6848 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS abgelehnt.

3. Der Antrag auf Drucksache 14/6849 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS abgelehnt.

Die **Fraktion der SPD** wies darauf hin, dass das von der Bundesregierung vorgelegte Programm „Stadtumbau Ost“ ein erster wichtiger Einstieg in Lösungen für die schwierige wohnungswirtschaftliche und städtebauliche Situation in den neuen Bundesländern sei. Vom nächsten Jahr an seien bis zum Jahr 2009 2 Mrd. DM als Finanzhilfe des Bundes vorgesehen. Zusammen mit den Mitteln der Länder und Kommunen stünden dem Projekt insgesamt 5 Mrd. DM zur Verfügung, zu denen noch die Mittel aus der Investitionszulage gerechnet werden müssten. Das Programm sei ein neuer, integrativer und richtungsweisender Ansatz, um die Probleme der schrumpfenden Städte und zunehmend verwaisten Innenstädte in Ost und West abzubauen. Die Wohnungsunternehmen könnten durch Abriss entlastet werden und durch Umbau und Modernisierung neue Chancen gewinnen. Das Programm sei in Zusammenarbeit mit den Entscheidungsträgern und der Wohnungswirtschaft erarbeitet worden und müsse nunmehr zügig umgesetzt werden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, das vorgelegte Programm zur Lösung der enormen wohnungswirtschaftlichen Probleme in Ostdeutschland müsse als Dauerthema angesehen werden. Insgesamt gebe es rund 1 Million leer stehende Wohnungen. Klar sei, dass es für die Problemlösung keinen Königsweg gebe. Wichtig sei, besonders die langfristigen Chancen der Wohnungsunternehmen zu wahren.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstrich die bereits erzielten Erfolge des Programms „Stadtumbau Ost“. Die Finanzausstattung sei ausreichend; eine weitere Aufstockung werde nicht befürwortet, da die vorhandenen Mittel zunächst sinnvoll eingesetzt werden müssten. Man befinde sich derzeit noch in einer Anfangs- bzw. Experimentierphase, in der die Länder damit befasst seien, ihre Kofinanzierung zu organisieren.

Die **Fraktion der FDP** begrüßte ebenfalls die im Programm „Stadtumbau Ost“ vorgesehenen Maßnahmen, verlangte aber nach weitergehenden Lösungsvorschlägen. Während der zur Verfügung gestellte Finanzrahmen breit ausgestattet sei, gingen einige Schritte an der Realität in den neuen Ländern vorbei. So benötigten die Wohnungsunternehmen direkte Zuschüsse anstelle von Darlehen. Des Weiteren bestünden Unklarheiten über die Durchführung der Rückbaumaßnahmen im Einzelnen.

Die **Fraktion der PDS** war auch der Auffassung, dass mit dem Programm „Stadtumbau Ost“ ein richtiger Weg beschritten worden sei, äußerte jedoch auch Kritik. Das Programm müsse weiter aufgestockt und der Eigenanteil bei der Investitionszulage gesenkt werden. Sie verwies hinsichtlich des Antrags der Fraktion der FDP darauf, dass sie sich gegen die Umlenkung der Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau zur Wohngeldfinanzierung ausspreche.

Berlin, den 7. November 2001

Dr. Peter Wilhelm Danckert
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333